

# 3

## **Staatsbeitrag an die AHV sei zu niedrig**

Der LSB äussert erneut seine Bedenken zur geplanten AHV-Reform.

# Seniorenbund: Nicht früher, aber auch nicht später in Pension

**AHV-Reform** Der Liechtensteiner Seniorenbund (LSB) hat seine Forderungen und Bedenken gegenüber der geplanten AHV-Reform bekräftigt. Unter anderem schlägt er statt einer Erhöhung des Pensionsalters um zwei Jahre vor.

VON DANIELA FRITZ

Bereits in mehreren Forumsbeiträgen hat der Liechtensteiner Seniorenbund (LSB) kundgetan, wie er zur geplanten AHV-Reform steht. Auf einer Pressekonferenz bekräftigten die LSB-Präsidentin Christl Gstöhl-Jehle, Vizepräsidentin Josy Biedermann und Kassier Max Manhart gestern ihre Forderungen - rechtzeitig vor dem Mailandtag, in dem die Vorlage in zweiter Lesung behandelt wird. Positiv sei zwar, dass die Regierung auf die lebenslange Beitragspflicht sowie das Streichen der 13. Monatsrente verzichte. «Was nicht heissen soll, dass der Seniorenbund ein Teuerungsmoratorium akzeptiert», verdeutlicht Gstöhl-Jehle. Damit das Weihnachtsgeld beibehalten werden kann, sieht die Regierung als Kompensation nämlich vor, die kommenden vier Prozent der Teuerung nicht auszugleichen. «Das ist ein Affront gegenüber heutigen Pensionisten», meint Manhart. Eine Erhöhung der Renten würden die anwesenden LSB-Mitglieder somit wohl nicht mehr erleben.

## Höherer Staatsbeitrag gefordert

Ein besonderer Dorn im Auge ist den LSB-Vorstandsmitgliedern aber die beabsichtigte Senkung des Staatsbeitrags auf 30 Millionen Franken - auch wenn dieser damit immerhin 10 Millionen höher ausfallen würde als von der Regierung ursprünglich beabsichtigt. «Die AHV ist kerngesund. Wir müssen nur schauen, dass wir sie nicht krank machen», meint Manhart. Das könnte seiner Meinung nach passieren, wenn man den Staatshaushalt weiterhin auf Kosten der AHV saniere. Daher fordert der Seniorenbund die Beibehaltung des Staatsbeitrages bei 50 Millionen Franken jährlich. Offen zeigt sich der LSB jedoch gegenüber dem Vorschlag des VU-Abgeordneten Christoph Wenaweser. Dieser könnte sich eine Koppelung an das Umlagedefizit - etwa innerhalb einer Bandbreite von 30 bis 60 Millionen Franken - vorstellen. Für



LSB-Vizepräsidentin Josy Biedermann, Präsidentin Christl Gstöhl-Jehle und Kassier Max Manhart erläuterten auf einer Pressekonferenz nochmals ihre Bedenken gegenüber der geplanten AHV-Reform. (Foto: Nils Vollmar)

2015 würde dies in einem Rechenbeispiel des Seniorenbunds 30 Millionen Franken ausmachen. Ob der LSB allerdings ein Referendum ergreifen würde, sollte der Staatsbeitrag tatsächlich gesenkt werden, ist aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich. Zumindest verneinen dies Gstöhl-Jehle, Biedermann und Manhart gestern: «Wir vertrauen auf den Landtag.» Ein weiterer Kritikpunkt des Seniorenbunds ist die beabsichtigte Erhöhung des Rentenalters von 64 auf 65 Jahre. Dies erscheine zwar aus demografischen Gründen plausibel. Angesichts dessen, dass rund 70 Prozent der Neurentner vor Erreichung des ordentlichen Rentenalters aus dem Erwerbsleben ausscheiden, würde ein Anheben des Vorbezugsalters von 60 auf 62 Jahre die AHV-Einnahmen aber ebenfalls deutlich steigern. «Besonders, wenn man bedenkt, dass vor allem jene mit einer guten Vorsorge und einem höheren Einkommen diese Möglichkeit in Anspruch nehmen»,

merkt Manhart an. Durch das Anheben des Vorbezugsalters und der Kürzungssätze könnte faktisch das ordentliche Rentenalter erreicht werden. Zwar seien dazu keine Zahlen verfügbar, aber Manhart schätzt, dass dadurch Mehreinnahmen von 100 bis 120 Millionen Franken jährlich erzielt werden könnten.

Ein «Nebenschauplatz» sei hingegen die geplante Erhöhung des Beitragsatzes. Dennoch spricht sich der LSB dafür aus, dies als Massnahmenreserve zu betrachten und erst umzusetzen, wenn es tatsächlich nötig ist. Denn im Zuge der Revision der zweiten Säule komme auf die Arbeitnehmer- und -geber bereits grössere Belastungen zu.

## Praktisch gegen alle Massnahmen

Es sei nachvollziehbar, dass zu einzelnen Massnahmen unterschiedliche Meinungen vertreten werden, heisst es auf Anfrage aus dem Gesellschaftsministerium. Der Seniorenbund spreche sich aber praktisch ge-

gen alle Massnahmen der Regierung aus und fordere einen um 20 Millionen Franken höheren Staatsbeitrag, als in der Vorlage vorgesehen. Damit stelle sich der Seniorenbund gegen eine nachhaltige finanzielle Sicherung der AHV. «Dies ist nach Ansicht des Ministeriums für Gesellschaft kurzsichtig und wird den nachfolgenden Generationen nicht gerecht», heisst es weiter. Als besonders unverständlich nehme das Ministerium die Kritik des Seniorenbunds an der Frührentenregelung wahr. Der Seniorenbund wolle die heute bestehende Flexibilität deutlich einschränken und die Kürzungssätze für den früheren Rentenantritt erhöhen. Diese finanzielle Schlechterstellung von Frührentnern sei aus sozialpolitischen Überlegungen unverständlich: «Ein flexibles Renteneintrittsalter mit einem fairen finanziellen Ausgleich stellt eine grosse Errungenschaft in unserem AHV-System dar und ermöglicht individuell angepasste Lösungen.»